Erscheint
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämmtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower Kreis-Blatt.

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Lützow Straße 87,
sowie in sämmtlichen Annoncen-Bureaux und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Expedition: Berlin W., Lützow-Straße 87

Fernsprech Anschluß: Amt VI., Nr. 671.

Nr. 57 | Berlin, Sonnabend, den 13. Mai 1893. | 37. Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt **Berlin W., Lützowstraße 87** 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhause.

Amtliches.

Berlin, den 9. Mai 1893.

Unter dem Rindviehbestande des Büdners Grothe zu Mariendorf ist die Maul und Klauenseuche ausgebrochen.

Der Landrath. Stubenrauch.

Nichtamtliches.

Die Berliner Vororte

und ihr zukünftiges Verhältniß zur Residenz bilden seit längerer Zeit ein ständiges Thema in der hauptstädtischen Presse. Das ist nur zu erklärlich, weil dabei sehr schwerwiegende Interessen auf beiden Seiten ins Gewicht fallen. Aber eben deshalb ist auch die größte Vorsicht bezüglich des schließlichen Ausgleichs dieser Interessen geboten, da sonst zu leicht das Darwinsche Gesetz von der Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren Platz greifen könnte. Daß wir uns veranlaßt sehen, in erster Linie den Standpunkt der Vororte zu vertreten, kann uns vernünftiger Weise Niemand verdenken. Aber ebensowenig fällt es uns ein, einer Lösung der hier in Betracht kommenden Frage das Wort zu reden, wodurch Berlin benachtheiligt würde, weil wir uns sagen müssen, daß die zu dem so benachtheiligten Berlin hinzutretenden Vororte schließlich selber unter dieser Benachtheiligung zu leiden haben würden.

Nun hatten wir in unserer Nummer 51 vom 29. April cr. uns mit der „Eingemeindung der Vororte" beschäftigt und uns bemüht, unseren objektiven Standpunkt zur Sache darzulegen, dabei aber die Eingemeindung als das Ziel bezeichnet, welches im Auge zu behalten und Schritt für Schritt konsequent und beharrlich anzustreben sei. Das scheint der „National Zeitung" nicht gefallen zu haben, denn sie greift uns deswegen in ihrer Nr. 299 vom 9. ds. Mts. ziemlich heftig an, wirft uns Unrichtigkeiten und Einseitigkeit vor, kurzum thut, als hätten wir von der ganzen Angelegenheit kaum einen bleichen Schimmer. Und um uns einen ganz gehörigen Hieb auszuwischen, spricht sie die Vermuthung aus, unser Artikel sei offiziösen Ursprungs. Du meine Güte! Hätten wir nur recht enge öffiziöse Beziehungen für derartige Dinge, dann wüßten wir sicherlich mehr davon; unsere Leser würden sich darüber schwerlich zu beklagen haben!

Aber soviel wissen wir immerhin, um der „National-Zeitung" auf das Positivste versichern zu können, daß sie sich in einem entschiedenen Irrthum befindet, wenn sie uns gegenüber bestreiten will, daß die auf die Eingemeindung sich beziehenden Verhandlungen ihren ruhigen Gang weiter gehen. Oder sollte das die „National-Ztg." am Ende jetzt selber wissen, nachdem auch sie doch wohl in Erfahrung gebracht haben wird, daß den Gemeinden Rixdorf und Schöneberg von Seite des Herrn Regierungs Präsidenten der Bescheid geworden ist, ihren Gesuchen um die Verleihung städtischer Rechte könnte mit Rücksicht auf die bevorstehende Eingemeindung nicht entsprochen werden? Denn daß der Herr Regierungs-Präsident selber schlecht unterrichtet sei, weil er sich nicht vorher beim Korrespondenten der „National-Ztg." die erforderlichen Informationen eingeholt hat, ist nicht recht wahrscheinlich.

Ebenso unrichtig ist es, wenn die „National-Ztg." behauptet, daß bereits im Oktober v. J. ein fertiger Plan zur Eingemeindung vorgelegen habe, und nicht minder unrichtig ist die weitere Behauptung, daß gegenwärtig ein neues Projekt ausgearbeitet werde. Wir haben die Gründe, weshalb Verzögerungen in der raschern Förderung der Angelegenheit eingetreten sind, durchaus zutreffend angegeben und müssen bei dieser Auffassung verharren.

Am meisten aber scheint es die Nat.-Ztg. verdrossen zu haben, daß wir die Meinung äußerten, die Verhandlungen könnten nicht mit derjenigen Beschleunigung zum Abschlusse gebracht werden, wie sie von einigen Haus- und Grundbesitzer-Vereinen in Erklärungen und Resolutionen gewünscht werde, da eine Frage von solcher Tragweite ganz andere Gesichtspunkte aufzuweisen habe, als Terrainspekulationen und Miethssteigerungen. Das ist weder ein „Ausfall noch eine Insinuation" sondern eine ganz einfache Wahrheit. Wir haben nicht einmal die Berechtigung dieser Rücksichten in Abrede gestellt, sondern nur gesagt, daß daneben auch andere Gesichtspunkte in Betracht kämen. Dabei müssen wir verbleiben! Wenn aber die „National-Ztg." selber die Ansicht vertritt, daß geschäftliche Unternehmungen unter der Ungewißheit leiden" und daß „die Anschlußfrage vor allem den Boden besitz angehe" so kann sie es uns durchaus nicht verdenken, daß wir auf den eigentlichen Hintergrund des Drängens der Haus- und Grundbesitzer Vereine deutlich hingewiesen haben.

Im Uebrigen möchten wir in aller Ruhe fragen, in wie weit denn der Aufschwung der Vororte oder die Ausdehnung Berlins durch den bisherigen Zustand zurückgehalten worden wäre? Und nun gar beständig von einer bedrängten Lage der Vororte zu reden! Sie gedeihen und floriren, und wenn ihre „Bedrängniß" wirklich einmal zu weit zu gehen scheint, so sind sie, wie beispielsweise Rixdorf in der günstigen Lage sich durch eine eigene Kanalisation zu helfen. Oder ist vielleicht Berlin mit einem Schlage überall kanalisirt worden? Oder ist sein Pflaster und seine Beleuchtung an den Peripherie allenthalben so vorzüglich, wie unter den Linden oder in der Leipzigerstraße, trotzdem auf dem Wedding derselbe prozentuale Zuschlag und die gleiche Miethssteuer entrichtet werden muß, wie im Thiergartenviertel? Glaubt man vielleicht, daß, wenn die Vororte, die jetzt ihre eigenen Gemeindevertretungen mit dem erforderlichen und durchaus lobenswerthen, strebsamen und opferwilligen Lokalpatriotismus besitzen, eingemeindet wären und nun einen oder zwei Abgeordnete in das Berliner Stadtparlament zu entsenden hätten, sie alsdann ohne Weiteres bis in ihre äußerste Feldmark hinaus ein glänzendes Stadtkleid mit dem nöthigen Unterfutter erhalten würden? Das mögen vielleicht einzelne Agitatoren, denen der eigene Vorort für ihren Ehrgeiz zu eng geworden ist, sich und anderen einzureden suchen, aber die Wirklichkeit wird diesem Phantasiegemälde so bald nicht entsprechen.

Wenn Uebelstände vorliegen — und sie liegen hin und wieder in ganz bedenklicher Weise vor, wie wir sehr gut wissen — so finden sich dieselben vornehmlich auf dem Gebiete der Verwaltung. Davon ist jedoch in dem Artikel der „National-Zeitung" mit keiner Silbe die Rede.

Die „National-Zeitung" äußert sich auch sehr abfällig über unsere Ringbahngrenze die wir bei einer andern Gelegenheit zur Erwägung gestellt haben. Sie nennt diesen Vorschlag „schablonenhaft" Es ist uns gar nicht in den Sinn gekommen, die Schablone zu befürworten; wir haben deshalb an den Beispielen von Wien und Paris unsern Gedanken näher erläutert. Wie aber, wenn die Ringbahngrenze im Ganzen und Großen sowohl den Bedürfnissen Berlins, wie denen der Vororte entsprechen würde, wäre dann der durch sie gegebene Rahmen oder, wenn's durchaus sein soll, die dadurch gewonnene Schablone ein Unglück, blos, weil es der „National-Zeitung" beliebt, sie so zu nennen?

„Niemals sollte in solchen Fragen persönliches Sentiment oder politische Rücksicht allein entscheidend sein," meint die „National-Zeitung" Das gefällt uns, und wir sind sogar bereit, das Wörtchen „allein" zu streichen. Man sieht, wenn man's vernünftig anfaßt, wird man zum Schluß doch wieder einig; aber, wie gesagt, man muß es vernünftig anfassen. Nächstens macht es die „National-Zeitung" ganz gewiß ebenso!

Rundschau.

Der Kaiser verweilte am Dienstag Nachmittag in seinem Arbeitszimmer im Neuen Palais. Am Mittwoch Morgen begab sich Seine Majestät nach der Matrosenstation bei Potsdam und von dort aus mittels Dampfers nach Spandau. Auf dem dortigen Exerzierplatz besichtigte der Monarch sodann im Beisein zahlreicher Generale, der Militärbevollmächtigten, zahlreicher hoher Offiziere und der betreffenden Vorgesetzten 2c. die Bataillone des 4. Garderegiments z. F. Nachdem die militärischen Uebungen und Exerzitien ihr Ende erreicht, entsprach Seine Majestät einer Einladung des Offizierkorps des Regiments zur Tafel. Nachmittags kehrte der Kaiser nach Potsdam zurück. Am Himmelfahrtstage fand in üblicher Weise das Schrippenfest statt. — Wie man hört, hat der Kaiser mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zunächst alle noch projektirten Reisen vertagt und wird in Potsdam verbleiben.

— Der neue Reichstag wird, wie übereinstimmend gemeldet wird, wahrscheinlich schon Ende Juni zusammentreten. Er wird ausschließlich mit der Militärreform befaßt werden; alle anderen Arbeiten bleiben einer späteren Tagung vorbehalten.

— Die „Post" meldet: „Um den Beweis zu erbringen, daß die Börse stets für die Interessen des Vaterlandes einzutreten bereit ist, hat sich eine Anzahl Berliner Bankiers und Direktoren der ersten Firmen zusammengethan, um eine Bewegung ins Leben zu rufen, welche den Zweck hat, für die Militärvorlage zu agitiren. Es soll an die regierungsfreundlichen Gesinnungsgenossen die Aufforderung ergehen, Geldbeträge einzusenden und diese sollen dann denjenigen Parteien zugeführt werden, welche bereit sind, voll und im Sinne der Forderungen der Regierung für die Militärvorlage einzutreten." — Ohne der „Vaterlandsliebe" der Börse irgendwie zu nahe treten zu wollen, kann man in der obigen Notiz aber auch einen Beweis dafür erblicken, daß die Börse, die stets ein richtiges und sehr feines Verständniß für ihre eigenen Interessen verräth, von einer nochmaligen Ablehnung der Militärvorlage die schlimmsten Verwickelungen im Innern und nach Außen befürchtet. Ihr liegt zunächst daran, das so wie so schon recht flaue Geschäft nicht durch außergewöhnliche Zwischenfälle vollends ruiniren zu lassen. Wenn sie daher einige Opfer bringt, um einer derartigen Kalamität möglichst vorzubeugen, so handelt sie ebenso börsengemäß, wie patriotisch. Der Fingerzeig aber, der durch dieses Verhalten der „ersten Firmen" gegeben wird, ist nicht minder werthvoll für die Gesammtheit und sollte allenthalben die entsprechende Beachtung finden.

— Bei einem Besuch welchen die Lübecker Gewerkschaften in Friedrichsruh abstatteten, hat Fürst Bismarck folgende Ansprache gehalten: „Ich reise, sobald ich kann und ich dazu fähig bin, nach Lübeck, ich habe die feste Absicht hierzu und ich freue mich auch, daß gerade die Handwerker Ihrer Stadt hergekommen, denn ich habe für den Handwerkerstand ein reges Interesse. Ich habe dasselbe auch schon gehabt, als ich mitten in der Politik stand und dort noch etwas zu sagen hatte, allein die auswärtigen Zänkereien und das ständig mit zwei Pistolen Auf dem Posten-stehen, hielt mich davon ab, mehr zu thun. Im Mittelalter waren die Handwerker durch die Zünfte eine Macht, was ja auch besonders in Lübeck der Fall war. Ich stelle mir vor, daß heute noch solcher Einfluß möglich ist. Obwohl Dampfkraft, die Elektrizität und die Großindustrie herrschen, so ist doch noch Raum genug für das Handwerk. Wenn demnächst die Reichstagswahl stattfindet, so werden Sie dort doch wohl einen Handwerker als Kandidaten aufstellen; wenn es aber nicht gelingen sollte einen solchen durchzubringen, so muß doch wohl das heutige Wahlgesetz hierzu nicht passen. Handwerker und Landwirthe müssen ihre Interessen vertreten und dürfen das nicht den Gelehrten überlassen; vor Allem dürfen wir nicht Noth leiden, — ich wollte sagen, wir müssen stets für unseren Mittagstisch sorgen. (Heiterkeit.) Ein Jeder mag für sich durch die Gesetzgebung sorgen.

— Der preußische Unterrichtsminister hat bestimmt, daß an allen staatlichen höheren Schulen, sowie an denjenigen nicht staatlichen höheren Lehranstalten, an welchen für die Lehrerbesoldungen statt des bisherigen Stellenetats das System der Dienstalterszulage eingeführt ist, in den Lehrerverzeichnissen der Jahresprogramme die Lehrer nach folgenden Klassen geordnet aufgeführt werden: 1) Professoren mit dem Range der Räthe vierter Klasse; 2) sonstige Professoren; 3) Oberlehrer mit der festen Zulage von 900 Mk.; 4) sonstige Oberlehrer; 5) wissenschaftliche Hilfslehrer; 6) Zeichenlehrer mit mindestens 14 Zeichenstunden wöchentlich; 7) sonstige fest angestellte technische und Elementarlehrer; 8) Hilfslehrer für technischen und Elementarunterricht. Innerhalb dieser Kategorien, die natürlich in den Verzeichnissen nicht ausdrücklich zu benennen sind, ist für die Reihenfolge der einzelnen Lehrer das Dienstalter derselben maßgebend. Die Neuordnung ist von Ostern 1894 ab herbeizuführen.

— Im April d. J. sind in den deutschen Münzstätten ausgeprägt: an Goldmünzen für 960 560 Mk. Doppelkronen und für 10 462 150 Mk. Kronen sämmtlich auf Privatrechnung; an Silbermünzen für 100 000 Mk. Zweimarkstücke; an Nickelmünzen für 62 608,20 Mk. Zehnpfennigstücke und für 10 019 90 Mk. Fünfpfennigstücke, sowie an Kupfermünzen für 4972,04 Mk. Einpfennigstücke.

— Das ungarische Oberhaus genehmigte am letzten Mittwoch mit überwiegender Majorität das Budget und nahm sodann mit 85 gegen 56 Stimmen den Antrag Geza Szaparys an, wonach das Haus das kirchenpolitische Programm der Regierung nicht billigt und demselben seine Zustimmung verweigert.

— Der Ministerpräsident Giolitti erklärte in der italienischen Deputirtenkammer vom 10. ds. Mts. bei Berathung des Marinebudgets unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, er empfinde das Bedürfniß, bestimmte Erklärungen abzugeben, um die von mehreren Vorrednern geäußerten Zweifel zu beseitigen. Das Ministerium habe den festen Vorsatz, die Ausgaben für militärische Zwecke zu konsolidiren, indem es bemüht sei, die Ausgaben für die Armee und die Marine so vortheilhaft wie möglich anzuwenden. Er halte es indessen nicht für erforderlich, zu diesem Zwecke die Zahl der Armee-Korps zu verringern. Alle sachverständigen Persönlichkeiten seien überzeugt, daß es für Italien besser sei, 12 Armeekorps zu haben, als 10. Der Marineminister Racchia betonte, man habe bei dem Budget für die Marine Abstriche vornehmen müssen, die zwar zu bedauern seien, aber den moralischen Werth der Stärke der Flotte nicht verringert hätten, welche aus ausgezeichneten Elementen bestehe. Eine schnelle Mobilisirung werde leicht durchzuführen sein; die Beschaffenheit der Schiffsartillerie sei eine vorzügliche, die Schiffsbauten würden keine Verlangsamung erleiden, kurz, das Land könne sicher sein, daß die Marine stets auf der Höhe der an sie gestellten Anforderungen stehen werde.

— Die Franzosen und ihre Presse machen aus ihrer unbändigen Freude über Ablehnung der Militärvorlage im deutschen Reichstage kein Hehl. Sie lassen durchblicken, daß sie in Deutschland bereits den Anfang vom Ende zu sehen glauben, und rechnen unverfroren auf den Zerfall des Reiches. So heißt es in der „Patrie": „Eine Stunde, die viel-